

Die Einwirkung der Politik auf die Medien

„Wir sind doch gewählt!“

von Bodo Hombach

Bonn, 2. Mai 2011

Meine Damen und Herren,

am 18. August 1933 eröffnete Reichspropagandaminister Joseph Goebbels die 10. Große Deutsche Funk-Ausstellung in Berlin. Die technische Sensation war damals ein neu entwickelter Radioapparat – der Volksempfänger. Goebbels lieferte die Gebrauchsanweisung gleich mit:

„Wir machen gar keinen Hehl daraus. Der Rundfunk gehört uns. Und niemandem sonst. Und den Rundfunk werden wir in den Dienst unserer Idee stellen. Und keine andere Idee soll hier zu Worte kommen.“

Klare Ansage. Klare Verhältnisse. Die technischen Medien hatten eine harte Kindheit. Zunächst galten sie nur als Spielerei für Hobbyfunker und Technikfreaks. Die saßen mit heißen Ohren unter schweren Kopfhörern. Sie fischten am Bleikristall nach dem fernen Wispern der neuen Zeit. Das Radio: ein ungewolltes, ungeplantes Kind und lange Zeit nicht ernst genommen. Ihm fehlte die nötige Zuwendung, ohne die jedermann es schwer hat, zum nützlichen und verantwortlichen Glied der Gesellschaft zu werden.

Nun kam es auch noch in schlechte Gesellschaft. Es fiel unter die Räuber. Es wurde zum Propagandawerkzeug einer skrupellosen Diktatur und ihrer Radaubröder. Zwölf Jahre lang hieß das Programm: ideologische Gleichschaltung der gesamten Presse, Lüge und Hass, Marschtritt und hohles Pathos. Ein mitteleuropäisches Kulturvolk verabschiedete sich mehrheitlich aus aufgeklärter Zivilisation.

Man weiß, wie es ausging. Aber man war gewillt, Lehren zu ziehen, nicht immer aus eigener Kraft, auch nicht immer aus echter Überzeugung, sondern unter Kuratel ausländischer Erzieher. Sie bescherten dem deutschen Reststaat im Westen ein Grundgesetz. Darin stehen die Menschenrechte und bürgerlichen Freiheiten, nicht als feierlich wohlklingende Präambel, sondern als unmittelbar einklagbares Recht.

Eines davon beschreibt in Artikel 5: „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.“ (Satz 1) „Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.“

Auch um diese zwei Sätze hatte man Jahrhunderte gekämpft. Die Obrigkeit wollte deren Sinn nicht einsehen. Sie war ja auch von Gott: so what! Gott selbst war nicht bereit, sich zu äußern.

Endlich gab es Artikel 5 mit umfassender Wirkung. Die Print-Presse wurde zulassungsfrei. Jeder konnte eine Zeitung oder ein Magazin herausgeben und die Arbeit aufnehmen. Geschützt wurde der gesamte Tätigkeitsbereich: aktive Informationsbeschaffung, passiver Informationsempfang, freie Veröffentlichung und Verbreitung, Mitwirkung an der öffentlichen Meinung. Elektronische Medien unterlagen besonde-

ren rechtlichen Regelungen. Diese wirken noch nach. Welche Rolle das für unser heutiges Thema spielt, erwarte auch ich mit Neugierde. Was kam, lohnte sich. Es kamen gute Zeiten. Zeitung, Radio und später Fernseher wurden vertraute und vertrauenswürdige Hausgenossen, Fenster zum Nachbarn und zur Welt. Man fand, was man suchte, und besser noch: Oft fand man, was man gar nicht gesucht hatte.

Die Gesellschaft öffnete sich. Das große Selbstgespräch wurde bunter, das Meinungsspektrum breiter. Soziale Konflikte, ethische und politische Kontroversen kamen zu Sprache und Bild. Das ermöglichte Teilhabe und Mitwirkung – nicht erst in der Wahlkabine. Radikalismus, Fanatismus, Fundamentalismus blieben Randscheinungen. Problemstau wurde rechtzeitig offenbar und abgemildert. Nur noch selten klirrten die Scheiben.

Es entstand das, was eine offene Gesellschaft so erfolgreich macht: ein Überfluss an Alternativen. Man hatte die Wahl. Man konnte einen Treffer landen oder sich irren. Wenn man sich aber irrte, waren die Entscheidungen rückholbar. Neue Möglichkeiten standen bereit.

Man begriff auch: Freiheiten sind ein flüchtiges Gut. Frei nach Goethe: „Was du erbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen!“ Gerade erleben arabische Gesellschaften, dass der Weg zur Freiheit brutal hart sein kann und dass eine gerade errungen geglaubte Freiheit ständig aufs Neue verteidigt werden muss. Freiheit ist eben keine Schüttware, die man irgendwo ansammeln und aufhäufen kann. Sie ist eine Spannung wie die elektrische Energie. Sie kann durch zu viel Widerstände und kalte Lötstellen erlöschen.

Ich fasse Bisheriges zusammen: Eine unabhängige und mutige Presse ist nicht eine Veranstaltung **für** die demokratische Gesellschaft. Sie ist eine Veranstaltung **der** demokratischen Gesellschaft. So selbstverständlich, lebenswichtig und lustvoll wie andere Verrichtungen, die unseren Fortbestand sichern.

So selbstverständlich, wie es klingt, ist das jedoch nicht. Nach Krieg und Diktatur mussten die Deutschen erst Hausaufgaben machen. Sie mussten mancherlei einüben. Nach zwölf Jahren Gleichschritt und langer obrigkeitlicher Vorgeschichte kein leichtes Stück Arbeit: Die Presse wurde wieder kritische Begleiterin der hohen und niederen Politik, sehr vorsichtig, sehr höflich, mit gewundenen Fragen. Journalisten stellten sich windend ihre Fragen. Bald wurden sie zupackender und hatten eine wachsende Trefferquote.

Das fanden manche Volksvertreter ungehörig. Sie waren doch gewählt. Da durfte man selbstverständlich sicher sein, dass sie mit allem, was sie taten, nur das Beste der Leute wollten. Mochte auch sein. Problem war nur: Die Leute wollten die neue Kontrolle gern behalten.

„Spiegel-Affäre“, „Adenauer-Fernsehen“, „Rotfunk-Kampagne“. Affären, Skandale, Ehrenwörter, Schwarze Kassen. – Nie fehlte es an Gelegenheiten, den freiheitlichsten Staat der deutschen Geschichte gegen schleichende Übernahmen durch Regierungshandeln oder Parteiinteressen zu verteidigen. Man braucht keine prophetische

Gabe: Auch in Zukunft wird es daran nicht mangeln. Es liegt in der Natur der Sache und in der Natur des Menschen.

Die Presse gehört – zusammen mit guten Gesetzen und qualifizierten Institutionen – zum Immunsystem des freien Staates. Wo sich Schadstoffe und Krankheitserreger ausbreiten, schlägt sie Alarm. Sie schickt Botenstoffe aus, manchmal Fresszellen. Gelegentlich neigt sie zu Überreaktionen und Fehlalarm. Im Großen und Ganzen hält sie den Organismus beisammen und trainiert seine Spannkraft.

Wo Macht ist, ist auch Machtmissbrauch. Wo die öffentliche Kontrolle zurückweicht, dringt Interessenpolitik vor. Wo man zum Gipfel will, gibt es Seilschaften und „Amigos“. Wo man nicht richtig lüftet, müffeln bald die Keller. Und: Die wichtigsten Sachen sind zugleich Ansichtssachen. Konflikte sind also unvermeidlich.

Wie kann Politik auf die Medien einwirken?

Die Medienpolitik der Parlamente setzt Rahmenbedingungen, welche langfristig die Struktur der Öffentlichkeitskultur beeinflussen. Die Enttäuschung deutscher Konservativer über das von ihnen früh gewünschte und ermöglichte Privatfernsehen sollte mal gemessen werden.

Parteipolitiker tummeln sich in vielen Aufsichtsgremien öffentlicher Sender. Dort haben sie Einfluss auf die Besetzung wichtiger Stellen. Die Gesetzgebung kann Freiheiten schützen oder einschränken. Mehrfach musste sich das Bundesverfassungsgericht mit Übergriffen der Politik beschäftigen. Die politische Klasse kann den Informationsfluss hemmen. Unbequeme Wahrheiten bleiben unter Verschluss. Anfragen werden mit Worthülsen abgespeist oder von vornherein zurückgewiesen.

Die Politik bedient sich eigener publizistischer Mittel, um ihren Standpunkt als einzig richtigen unter Volk zu bringen. Dabei haben schon pseudo-journalistische Formen den Anzeigen-Charakter vernebelt.

Unliebsame Journalisten werden subtil beäugt oder kaltgestellt. Der Daten- und Quellenschutz wird verletzt. Doppelbindungen von Politik und Wirtschaft führen zu Interessenkonflikten, die Transparenz verhindern. Wahre Gründe für politische Entscheidungen werden der öffentlichen Kontrolle entzogen oder sind nur sehr schwer aufzuklären.

Die Kommerzialisierung aller Lebensbereiche macht vor der Presse nicht Halt. Sachprobleme verschwinden hinter theatralisch personifizierten Inszenierungen.

Einige Journalisten werden massiv umworben und zur Hofberichterstattung verführt und abgerichtet.

Die Neuen Medien, vor allem das Internet, sind auch offenes Einfallstor für Desinformation. In den sozialen Netzwerken sind die Quellen nur sehr schwer überprüfbar. Politisch gesteuerte Kampagnen werden zunehmend als „spontaner“ Volkswille kaschiert. In den USA und China ist man dabei besonders weit.

Diesen kleinen Katalog möglicher Einflussnahmen der Politik auf die Presse können Sie aus eigener Beobachtung gewiss verlängern. Deutlich wird eines: Die Presse führt auf allen konflikthaltigen Feldern einen Zwei-Fronten-Kampf. Es geht nicht nur um die Klärung von Sachverhalten, sondern immer in Parallele auch um die Aufklärung manipulativer Aktivitäten, die mit dem Auftrag der Volksvertreter nicht zu vereinbaren sind.

Wer allerdings meint, die Presse sei der „Ritter ohne Furcht und Tadel“, der es unerschrocken mit dem Drachen „Politik“ aufnimmt, um ihm die Prinzessin „Freiheit“ abzugewinnen, der glaubt noch an Märchen. Die Presse **ist** keine Macht, aber sie **hat** Macht. Sie kann sie missbrauchen. Ihre Freiheit kann Schaden stiften, wenn sie nicht mit Verantwortung gekoppelt ist. Gerade weil und wenn sie Rechte verteidigt, ist sie selbst nicht im rechtsfreien Raum.

Es lässt sich ein zweiter Katalog zusammenstellen, der bedenkliche Fehl- und Übergriffe der Presse zur Kenntnis nimmt.

Grenzverletzungen können das Rechtsgefühl der Bürger attackieren. Können dem Gesetzgeber den Vorwand liefern, durch einschränkende Regelung des Einzelfalls künftig auch den Regelfall zu beschädigen. Im Bewusstsein dieser Gefahr entstand der Deutsche Presserat. Der bemüht sich darum, Konflikte im Vorfeld von Gerichten und Parlament zu klären. Das geschieht durch freiwillige Selbstkontrolle, durch Disziplinierung „schwarzer Schafe“, durch Entwicklung und Fortschreibung ethischer Maßstäbe und durch laut hallende Zurückweisung von Übergriffen durch die Politik.

Nicht alles, was von Rechts wegen zulässig wäre, ist auch ethisch vertretbar. Deshalb hat der Deutsche Presserat einen Kodex aufgestellt, der Eckdaten journalistischer Berufsethik beschreibt:

- Achtung vor der Wahrheit und Wahrung der Menschenwürde
- Gründliche und faire Recherche
- Klare Trennung von redaktionellem Text und Anzeigen
- Achtung von Privatleben und Intimsphäre
- Vermeidung unangemessen sensationeller Darstellung von Gewalt und Brutalität

Große Verlagsunternehmen wie die WAZ Mediengruppe und Rundfunkanstalten haben eigene Selbstverpflichtungen formuliert und bemühen sich, sie im Alltag zur Geltung zu bringen.

Der Liebe Gott steckt im Detail. Deshalb sind die genannten Grundsätze durch weitere Richtlinien zu konkretisieren. Ich greife unsystematisch in den Topf:

- Die Informationsfreiheit darf nicht durch Exklusivverträge behindert werden.
- Bei der Berichterstattung über Wahlkampfveranstaltungen soll die Presse auch Auffassungen mitteilen, die sie selbst nicht teilt.
- Pressemitteilungen von Behörden, Parteien, Verbänden oder anderen Interessenvertretungen müssen als solche gekennzeichnet werden.

- Nachrichten und Informationen sind mit der gebotenen Sorgfalt auf ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen. Ihr Sinn darf durch Bearbeitung oder Überschrift nicht entstellt werden. Unbestätigte Meldungen, Gerüchte und Vermutungen sind als solche zu kennzeichnen.
- Vorsicht bei Umfrageergebnissen, wenn deren Voraussetzungen (Fragestellung, Panel, Interessenlage) nicht geklärt sind.
- Symbolfotos dürfen nicht als dokumentarische Abbildung daherkommen.
- Interviews sollten vom Interviewten autorisiert sein und nicht durch Vorausberichte in ein bestimmtes Licht gestellt werden.
- Veröffentlichte Nachrichten oder Behauptungen, die sich nachträglich als falsch erweisen, sind in angemessener Weise richtigzustellen.
- Bei der Beschaffung von Nachrichten, Informationsmaterial und Bildern soll auf unlautere Methoden verzichtet werden. Im Regelfall gibt sich der recherchierende Journalist als solcher zu erkennen. Verdeckte Recherche ist jedoch gerechtfertigt, wenn wichtige Informationen von öffentlichem Interesse auf andere Weise nicht zugänglich sind.
- Amtsträger und Politiker sind in Ausübung ihres Mandats keine schutzbedürftigen Personen, auch wenn sie sich manchmal dafür halten. Sie haben eine Auskunftspflicht gegenüber der Öffentlichkeit.
- Vertraulichkeit kann im Einzelfall und vorübergehend vereinbart werden, aber nicht, wenn etwa bei Verbrechen die Pflicht zur Anzeige besteht oder gewichtige Dinge wie etwa die verfassungsmäßige Ordnung oder Sicherheit auf dem Spiel stehen.
- Die Glaubwürdigkeit leidet, wenn Journalisten neben ihrer publizistischen Tätigkeit eine Funktion in einer Regierung, Behörde oder einem Wirtschaftsunternehmen ausüben.
- Nachrichtendienstliche Tätigkeiten sind mit den Berufspflichten nicht vereinbar.
- Redaktionelle Veröffentlichungen dürfen nicht durch private, geschäftliche oder parteipolitische Interessen beeinflusst werden.
- Schleichwerbung ist verboten. PR-Material ist als kontaminiert und deshalb mit Distanz zu sehen. Es ist besondere Sorgfalt beim Umgang mit solchen Informationsquellen geboten.
- Es widerspricht journalistischem Anstand, unbegründete Behauptungen ehrverletzender Natur zu veröffentlichen.

- Der anständige Journalist verzichtet auf die Annahme von Vorteilen, die seine Entscheidungsfreiheit beeinträchtigen könnten.

Es ist klar, und erlauben Sie mir die banale Formulierung: Politik und Medien haben es permanent miteinander zu tun. Es gibt Schnittmengen und Spannungsfelder. Es gibt Grauzonen und unscharfe Grenzwerte. Neue Entwicklungen bedürfen neuer Spielregeln. Man misstraut einander. Aber auch: Man braucht einander. Beide Seiten lernen. Sie kennen sich nach jedem Konflikt ein wenig besser. Raue Kämpfe mit Säbel und Lanze sind selten geworden. Man bevorzugt das Florett, die Einladung zum Hintergrundgespräch (nicht **über** Hintergründe, sondern **im** Hintergrund). Man macht Punkte nicht durch Konfrontation, sondern durch Umarmung.

Die Dämonisierung der Gegenseite tut ihr viel zu viel Ehre an. Sie führt zu falschen Reaktionen, also zu nichts. Besser und erfolgreicher ist es, sie von innen heraus zu verstehen. Es gehört zum banalen Zauber der Demokratie, dass sie eher den Gesetzen des Spiels als denen des Krieges folgt. Sie sucht den Ausgleich der Interessen und nicht den Tod des Gegners. Wer auf Feindschaft aus ist, wird seinem Gegner immer ähnlicher. „Ein toter Gegner beweist nichts als seinen Tod“, sagt Elias Canetti.

Es gibt auch keinen Grund zu verzagen. Ich staune immer wieder, wie oft und wie gründlich Regierung und Parteien bei aller Beratung durch PR-Fachleute und geballter Kompetenz ihrer Auskunftgeber, Volksbefrager und wissenschaftlichen Analysten danebenliegen. Teure Wahlkampfstrategien, raffiniert und ausgeklügelt, verfehlen schon häufiger ihr Ziel. Bahnhöfe, sorgfältig planfestgestellt, eingefädelt und öffentlich beworben, sind auf einmal kaum mehr durchsetzbar. Eine sakrosankte Energiepolitik, eben noch als sicher, sauber und wirtschaftlich dogmatisiert, ist durch die Schreckensbilder von Fukushima über Nacht Makulatur. Ganze Bundesländer – eben noch und seit Jahrzehnten in Treue fest zu einer Partei – gehen plötzlich fremd.

Etwas Tröstliches: Exponierte Rollenträger der politischen Klasse fürchten zwar nicht immer ihr Gewissen. Sie fürchten aber, „dass es rauskommt“. Sozialpsychologen unterscheiden die fortgeschrittene „Schuld-Gesellschaft“ von der primitiveren „Scham-Gesellschaft“. In der Schuld-Gesellschaft gilt noch das Glockenspiel der Potsdamer Garnisonskirche: „Üb’ immer Treu und Redlichkeit“. Man handelt korrekt, weil man sich selbst und seinen Kindern in die Augen schauen möchte. In der Scham-Gesellschaft tut man, was einem nützlich erscheint, auch wenn es sich dubioser Mittel bedient. Man hofft aber, dass es niemand merkt.

Die Presse kann ein solches Kalkül durchkreuzen. Sie tut es, relativ pünktlich und oft auch mit Lust. Die „Hall of Fame“ der Bundesrepublik Deutschland hat auch eine „Hall of Shame“. Wer bestimmt die politische Agenda? Erleben wir Mediendemokratie, Mediokratie, Mediatisierung?

Politische Beobachter ringen noch um Worte. Was auch immer sie am Ende definieren werden: Die bisherige Bilanz der Bundesrepublik Deutschland kann sich sehen lassen. Die Stabilität des Gemeinwesens verdankt sich nicht zuletzt einem Journalismus, der sich überwiegend nicht zum Exekutor mächtiger Interessen machen ließ. Trotz vieler, zum Teil massiver, zum Teil subtiler Einflussversuche hat die Presse ein in der deutschen Geschichte seltenes Maß an unabhängiger Berichterstattung be-

hauptet. Zum Reifegrad einer politischen Kultur gehört die rechte Mischung von Leidenschaft des Herzens und Kühle des Verstandes. Ich stelle fest, dass auch ein heikles Thema wie der Einfluss der Politik auf die Presse inmitten leidenschaftlicher Anlässe immer auch zu abgewogener Analyse geführt hat. Am Ende wurde das Bad ausgeschüttet, aber das Kind war noch drin.

Erich Käster verwandelte das Problem in einen Vierzeiler, den man sich wunderbar merken kann:

Kleiner Rat für Damokles
Schau prüfend deckenwärts!
Die Nähe des möglichen Schadens
liegt nicht in der Schärfe des Schwerts,
vielmehr in der Dicke des Fadens.